



Niederschrift
zur Sitzung des Ausschusses für Stadt- und Verkehrsplanung,
Wirtschaftsförderung und Umwelt der Stadt Hückeswagen

Sitzungstermin: 08.05.2006
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:25 Uhr
Ort: im Großen Sitzungssaal des
Rathauses, Aufm Schloß 1

An der Sitzung nahmen teil:

Vorsitzender

Quass, Jürgen

Mitglieder

Fink, Horst
Grasemann, Hans-Jürgen
Hager, Wilfried
Kuech, Hans Willi
Lambeck, Ernst-Oskar
Päper, Cornelia
Pohl, Andreas
Sabelek, Egbert
Schreiber, Horst
Welp, Gerhard

Beratende Mitglieder

Thiel, Ralf

Bürgermeister

Ufer, Uwe Bürgermeister

von der Verwaltung

Auzinger, Birgit
Henseler, Michael
Meier-Frankenfeld,
Johannes
Persian, Dietmar
Schröder, Andreas

Geschäftsführer der HEG

Nafe, Werner Dipl.-Ing.

Büro Brechtefeld & Nafe
Remscheid bis 18.25 Uhr

Es fehlten:

Sachverständige

Beeh, Markus

Der Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer der Sitzung, die Besucher sowie die Vertreter der Presse sowie vom Ing.-Büro Brechtefeld und Nafe Herrn Nafe.

Der form- und fristgerechte Eingang der Einladungen wird festgestellt.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|---|--|------------------------|
| 1 | Bericht der Verwaltung | FB III/259/2006 |
| 2 | Kreisverkehrsplatz Montanusstraße / Peterstraße | FB III/260/2006 |
| 3 | Bau einer Straßenverbindung zwischen "Kölner Straße" und "Zum Sportzentrum" | FB III/261/2006 |
| 4 | Auslegung des Entwurfes zum Bebauungsplan Nr. 70 "Kölner Straße" | FB III/249/2006 |
| 5 | Sachstandsbericht zum Bebauungsplan Nr. 39 A "Hambüchener Weg" | FB III/264/2006 |
| 6 | Durchführung der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr 44 B "Großberghäuser Bucht". | FB III/275/2006 |
| 7 | Lärmschutzwall Kastanienweg / B 237 | FB III/262/2006 |
| 8 | Mitteilungen und Anfragen | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|---|---------------------------|--|
| 1 | Mitteilungen und Anfragen | |
|---|---------------------------|--|

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Bericht der Verwaltung
Vorlage: FB III/259/2006

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 2 Kreisverkehrsplatz Montanusstraße / Peterstraße
Vorlage: FB III/260/2006

Einstimmig sprechen sich alle Fraktionen für den Kreisverkehrsplatz aus und sprechen Herrn Bürgermeister Ufer sowie der Verwaltung Ihren Dank aus.

Als problematisch und noch im Detail abzustimmen wird die Ausfahrt vom Parkplatz Klingelnberg in Richtung Wipperfürth angesehen.

Zum Zeitplan teilt die Verwaltung mit, dass nach den Sommerferien die Baumaßnahme ausgeschrieben werden soll. Im September soll die Vergabe erfolgen und mit dem Bau der Maßnahme noch in diesem Jahr begonnen werden. Kosten erläutert Herr Bürgermeister Ufer, dass die Maßnahme im Gesamtvolumen im Haushalt 2008/2009 vorgesehen sei. Die Maßnahme kann vorgezogen werden, bei deutlicher Entlastung des Haushaltes, da die Maßnahme von Straßen NRW bezahlt wird und nur der Eigenanteil bei der Stadt verbleibt.

Beschlussentwurf:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW über den Bau eines Kreisverkehrsplatzes Montanusstraße / Peterstraße abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 3 Bau einer Straßenverbindung zwischen "Kölner Straße" und "Zum Sportzentrum"
Vorlage: FB III/261/2006

Herr Bürgermeister Ufer spricht einen besonderen Dank an die Bezirksregierung und Herrn Schröder aus, der es geschafft habe, die Bezirksregierung die neue Verbindungsspanne als förderfähig ansieht. In einer späteren Sitzung des Ausschusses wird die Straße im Detail vorgestellt. Diese Verkehrsspanne ist für die verkehrliche Entlastung der Stadt von nicht unerheblicher Bedeutung. Unter günstigsten Umständen könne die Straße in 2 bis 3 Jahren gebaut werden. Bei einem Eigenanteil von 25 % werde die Straße etwa einen Betrag von ca. 500.000 EURO zu tragen haben.

Herr Schröder verdeutlicht, dass die Straße zwar einen erheblichen Eingriff in

die Landschaft darstelle, aber gegenüber der Überlegung eine Straße durch das Weierbachtal am Friedhof vorbei zu bauen, immer noch die ökologisch verträglichere bessere Lösung ist.

Seitens der SPD-Fraktion trägt Herr Grasemann vor, dass er die Spange zwar als gute Lösung ansehe, aber ob die Straße auch wirklich von den Autofahrern angenommen werde, wird doch sehr bezweifelt. Sie macht daher nur Sinn, wenn die untere Kölner Straße zur Einbahnstraße wird, was dann wiederum für die Bürger mit Einschränkungen verbunden ist. Sollte die Ortsumgehung B 237n realisiert werden, mache die Spange auch keinen Sinn mehr, deshalb lehne er die Straße ab.

Die FDP-Fraktion spricht sich für die Straße aus, auch wenn Sie seinerzeit aus Kostengründen dagegen gewesen sei. Bei der starken Steigung sei die Machbarkeit der Straße zu prüfen.

Herr Bürgermeister Ufer versteht die Bedenken und weist darauf hin, dass erst in der nächsten Sitzung Detailpläne vorgelegt werden. Dann ist die Akzeptanz der Straße zu prüfen.

Seitens der CDU-Fraktion wird Zustimmung zur Straße bekundet und ein Dank an die Verwaltung ausgesprochen.

Seitens der UWG-Fraktion wird gleichfalls Zustimmung signalisiert, bei Darlegung der schwierigen topografischen Lage.

Der Vertreter der B90/Grüne bringt Bedenken zur Ökologie, den Finanzen und zur Akzeptanz der Straße vor.

Seitens der FaB wird eine positive Haltung zur Straße vorgetragen und die heutige Sitzung als Einstieg in die Materie angesehen.

Da bereits im Vorfeld in den letzten Jahren Gutachten zur Spange vorgelegt wurden, kann auf diese Gutachten zurückgegriffen werden. Das Büro "Grüner Winkel", von Herr Kursawe, das seinerzeit an den Gutachten beteiligt war, wird am weiteren Verfahren beteiligt.

Auf die alten Gutachten angesprochen verdeutlicht Herr Ufer, dass nach vorne geschaut werden muss und die Situationen anhand der heutigen Gegebenheiten zu prüfen sei.

Beschlussentwurf:

Der Ausschuss für Ausschuss für Stadt- und Verkehrsplanung, Wirtschaftsförderung und Umwelt beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, einen Antrag auf Förderung des Baus der Verbindungsstraße zwischen „Kölner Straße“ und „Zum Sportzentrum“ bei der Bezirksregierung Köln zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 4 Auslegung des Entwurfes zum Bebauungsplan Nr. 70 "Kölner Straße"
Vorlage: FB III/249/2006**

Herr Nafe vom Büro Brechtefeld & Nafe trägt das städtebauliche Konzept zum Bebauungsplan Nr. 70 „Kölner Straße“ vor. Die durchgeführten Planänderungen nach der frühzeitigen Bürger- und Behördenbeteiligung beziehen sich auf Ausgleichsmaßnahmen, Straßengestaltung, Lärmschutzmaßnahmen, Festsetzungen zur Höhenlage der Gebäude sowie auf ~~Die Verwaltung erläutert~~ die Zeitschiene, dass der Plan nach der Auslegung im Herbst vom Rat der Stadt Hückeswagen als Satzung beschlossen werden kann.

Seitens der CDU-Fraktion trägt Herr Schreiber die Zustimmung der CDU vor, wobei er davon ausgeht, dass die Spange eine ehrlich gemeinte Straßenplanung sei und mit Blick auf die HEG zuerst die großen Grundstücke vermarktet werden sollen. Angemerkt wird auch, dass vor Beginn und nach Abschluss der Baumaßnahme eine Straßenzustandserfassung durchgeführt werde. Die Behebung der in diesem Zeitabschnitt entstandenen Schäden geht dann zu Lasten der HEG.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadt- und Verkehrsplanung, Wirtschaftsförderung und Umwelt beschließt die Auslegung des Entwurfes zum Bebauungsplan Nr. 70 „Kölner Straße“ mit den wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 BauGB auf die Dauer von einem Monat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 5 Sachstandsbericht zum Bebauungsplan Nr. 39 A "Hambüchener Weg"
Vorlage: FB III/264/2006**

Die Verwaltung erläutert den Sachstand zu dem rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 39 A „Hambüchener Weg“ sowie zu dem 2. Teilbereich, dem noch aufzustellenden Bebauungsplan Nr. 39 B. Der Bebauungsplan war seinerzeit geteilt worden, da die südliche Planung (Krähenhöhe) von den Grundstücksbesitzern nicht mitgetragen wurde.

Eine angeregte Diskussion ergibt das Thema der anteiligen Kosten der noch zu bauenden verlängerten Montanusstraße.

Grundsätzlich herrscht Einigkeit in der Diskussion, dass in dem nun folgenden zweiten Erschließungsabschnitt im Plangebiet Nr. 39 A die Verlängerung der Montanusstraße anteilig zu finanzieren ist. Auf die Eigentümer des ersten Erschließungsabschnittes kommen keine weiteren Kosten zu.

Beschlussentwurf:

Die Verwaltung wird beauftragt, sich um eine Fertigstellung der Erschließung des Baugebietes 39 A durch einen privaten Erschließungsträger zu bemühen.

Nach Abschluss eines Erschließungsvertrages für die Restflächen des Bebauungsplanes Nr. 39 A „Hambüchener Weg“ soll das Verfahren zum BP 39 B „Südlich der verlängerten Montanusstraße“ weiter betrieben werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- zu 6 Durchführung der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr 44 B
"Großberghauser Bucht".
Vorlage: FB III/275/2006**

Beschlussentwurf:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hückeswagen die Durchführung der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 44 B „Großberghauser Bucht“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- zu 7 Lärmschutzwall Kastanienweg / B 237
Vorlage: FB III/262/2006**

Herr Bürgermeister Ufer erläutert nochmals den Sachverhalt mit dem Hinweis, dass anwaltlich geprüft worden sei, die ehemaligen leitenden Mitarbeiter der Verwaltung in Regress zu nehmen. Hier stehen die Aussichten jedoch sehr schlecht, da den ehem. Mitarbeitern Vorsatz unterstellt werden müsste. Herr Bürgermeister Ufer berichtet von der am Donnerstag im Rathaus stattfindenden Bürgeranhörung zum Thema Lärmschutz, zu der die Verwaltung die betroffenen Anwohner des Kastanienweges eingeladen hat. Alle Anwohner müssten sich gemeinsam für eine Lösung entscheiden und sich mit den Maßnahmen einverstanden erklären. Sein Vorschlag bestehe darin, keine Lärmschutzwand zu errichten, aber er möchte das Votum der Anwohner von Donnerstag abwarten. Die vorhandene Bürgerschaft, so der Rechtsbeistand der Stadt, dürfe nur für einen Lärmschutzwall in der im Bebauungsplan festgesetzten Lage und nicht für eine andere Maßnahme genutzt werden. Die Kosten für eine alternative Lärmschutzmaßnahme sind dann zu 90 % als Erschließungsbeiträge nach den gesetzlichen Vorschriften auf die Anlieger umzulegen. Dies möchte die Stadt vermeiden und daher ist eine gütliche Lösung anzustreben. In der Sitzung der Verwaltung werden die verschiedenen Lärmschutzmaßnahmen vorgestellt, die so Herr Bürgermeister Ufer, alle nur mit einvernehmlichen Einverständnis der Anwohner umgesetzt werden können. Die Varianten zum Lärmschutz sind dieser Niederschrift beigelegt.

Beschlussentwurf:

Der Vortrag der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

zu 8 **Mitteilungen und Anfragen**

- **Dringlichkeitsbeschluss**

Die Verwaltung berichtet von der Fassung eines Dringlichkeitsbeschlusses zum Erlass einer Veränderungssperre zur Verhinderung der Genehmigung eines großflächigen Einzelhandelsgeschäftes im Bereich der ehemaligen Firma Beche. Der Dringlichkeitsbeschluss wird in der nächsten Ratssitzung zur Genehmigung vorgelegt.

- **Integriertes ländliches Entwicklungskonzept (ILEK)**

Das ILEK wird sich verzögern, da die Landesmittel noch nicht freigegeben sind. Das umfangreiche Informationsmaterial zum ILEK wird zukünftig in geeigneter Weise den Fraktionen zur Kenntnis gegeben werden.

- **Wirtschaftsförderung**

Seitens der Verwaltung verteilt Herr Persian fünf Seiten zur Beschäftigungsentwicklung in der Stadt Hückeswagen zu den letzten 25 Jahren, ergänzt mit aktuellen Daten des letzten Jahres. Diese Informationen sind der Niederschrift beigelegt.

- **Betreutes Wohnen in Hückeswagen**

Die Verwaltung kann von einem Gespräch von heutigen Tag mit der GBS berichten, in dem mitgeteilt wurde, dass die Verhandlungen mit den Johannitern noch nicht abgeschlossen seien.

- **Maßnahmen des Wupperverbandes in Siepersbever**

Auf Anfrage aus dem Ausschuss berichtete die Verwaltung zu den Abholzmaßnahmen in Siepersbever auf Veranlassung des Wupperverbandes.

- **Erweiterung der Außenbereichssatzung „Straßweg-Nord“**

Auf Anfrage aus dem Ausschuss, zur Erweiterung der bestehenden Außenbereichssatzung „Straßweg-Nord“, teilte die Verwaltung mit, dass hierzu bereits intensive Gespräche auch seitens des Bürgermeisters mit einer Grundeigentümerin geführt worden seien. Es sei nicht möglich, die Satzung in Richtung Kotthausen bis zu den Häusern Straßweg 2 - 6 (Keller-Häusern) zu erweitern da hierfür die erforderlichen Voraussetzungen des § 35 Abs. 6 (1-3) BauGB nicht vorliegen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 31.05.2006

Jürgen Quass

Johannes Meier-Frankenfeld
Schriftführer

Kenntnis genommen:

Bürgermeister o.V.i.A.